

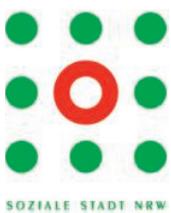


10 Segregation und Stadtentwicklung

Dokumentation der Veranstaltung
im Rahmen der Werkstattreihe des Städtenetzes Soziale Stadt NRW

Sozialraumorientierung und ressortübergreifende
Handlungsansätze in der Stadtentwicklung und im Quartier

am 08. April 2019 in Essen



Impressum

Herausgeber

Stadt Essen, der Oberbürgermeister
Städtenetz Soziale Stadt NRW
Amt für Stadterneuerung und Bodenmanagement
Lindenallee 6-8
45127 Essen

Bearbeitung

Geschäftsstelle Städtenetz Soziale Stadt NRW
Marco Eißing, Luise Jäger
STADTRAUMKONZEPT GmbH
Mara Ahlers, Susanne Fasselt, Marion Kamp-Murböck, Serena Kappenberg

Layout und Satz

STADTRAUMKONZEPT GmbH
Susanne Fasselt, Sebastian Siebert

Fotos (sofern nicht anders angegeben)

Daniel Sadrowski

Essen, August 2019

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Neuere Befunde zur sozialen, räumlichen und politischen Spaltung in NRW

Volker Kersting, Zentrum für interdisziplinäre Regionalforschung (ZEFIR)

Einführung und Hintergrund

Im vorangegangenen Vortrag von Herrn Dr. Üblacker wurden die theoretischen Grundzüge und Definitionen der Segregationsforschung vorgestellt. Daher konzentriert sich dieser Beitrag auf die thesenartige Präsentation aktueller Befunde³, welche Ausschnitte aus den Ergebnissen aktueller Forschungen des ZEFIR sind. Sie richten sich sowohl auf das Thema Segregation, wie auch auf das Problem der Kinderarmut und dessen Wirkungen und Ursachen.



Grundsätzlich ist Segregation in Nordrhein-Westfalen noch „unterforscht“; neben der kontinuierlich fortgeschriebenen Sozialberichterstattung des Landes Nordrhein-Westfalen bzw. des Ministeriums für Gesundheit, Arbeit und Soziales (MAGS NRW) mangelt es an weiteren kleinräumig fokussierten und kritischen Untersuchungen. Die erste sozialräumliche Evaluation für Gebiete der Sozialen Stadt in Nordrhein-Westfalen anhand von Kontextindikatoren der sozialen Stadtteilentwicklung wurde im Jahr 2008 (mit Daten von 2002 - 2004) und als Fortschreibung im Jahr 2013 (mit Daten von 2006 - 2009) durch Volker Kersting, Klaus-Peter Strohmeier und Michael Teicke im Auftrag des Städtenetzes Soziale Stadt NRW erarbeitet und veröffentlicht⁴.

An den Studien haben verschiedene Kommunen, zumeist Mitgliedskommunen des Städtenetzes Soziale Stadt NRW, mitgewirkt und ihre Daten zu insgesamt 61 Stadtteilen eingebracht. Es konnten jedoch nur zu 30 der Stadtteile wirklich „fruchtbare“ Datensets, d. h. genügend Indikatoren, verwendet werden. Die wissenschaftlich unbefriedigende Datenlage ist entweder darin begründet, dass Daten in den Kommunen nicht gewonnen werden konnten oder, dass Kommunen sich davor scheut, sie zu veröffentlichen. In Bezug auf das Thema Armut, das im Zentrum der Studien stand, waren in den erhobenen Zeitverläufen sowohl Gebiete mit einer Zu- als auch solche mit einer Abnahme der Armut (dargestellt mit dem Indikator der SGB II-Hilfedichten) zu verzeichnen.

Aktuelle Befunde zur Armutsentwicklung

Die hier vorgestellten Ergebnisse zur räumlichen Analyse liefern eine spezifische Perspektive auf die Frage sozialer Ungleichheit, denn sozial-räumliche Ungleichheit ist in erster Linie Folge und nicht Ursache sozialer Ungleichheit. Die Ursachen der räumlich wahrnehmbaren Probleme liegen nicht in den jeweiligen Gebieten, sondern in externen Faktoren und resultieren wesentlich aus Einkommensunterschieden und Prozessen auf den Wohnungsmärkten. Solange daher der Blick auf einzelne wenige, „problematische“ Quartiere reduziert bleibt, besteht die Illusion, gesamtgesellschaftliche Probleme seien lösbar, indem man Politik für Stadtteile betreibt, in denen sich die Auswirkungen konzentrieren.

Regionale Unterschiede

Dem öffentlichen Diskurs über die Armutsentwicklung in NRW wäre mehr Objektivität zu wünschen. Die öffentliche Berichterstattung und politischen Statements suggerierten oft eine erfolgreiche Problembewältigung. Bezogen auf die Arbeit der „Sozialen Stadt“ lassen sich in der Tat viele Erfolge beschreiben. Sie beinhalten jedoch einzelne Projekte mit sehr

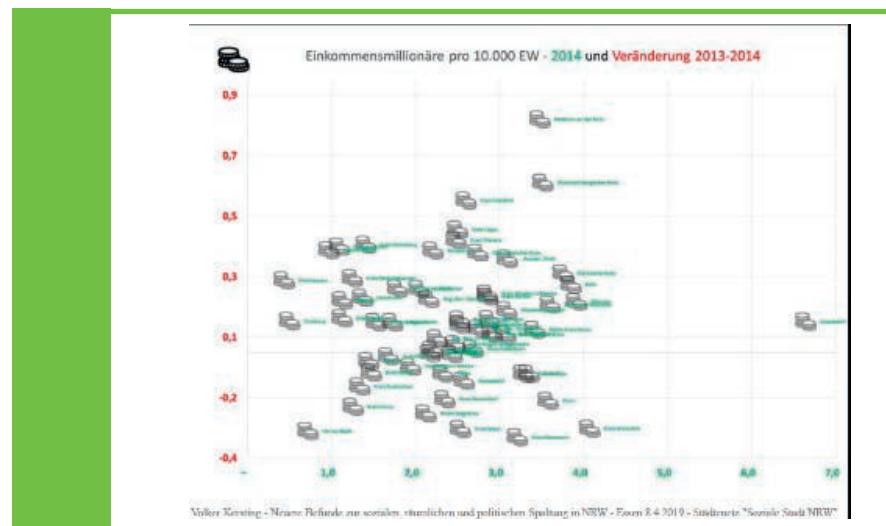
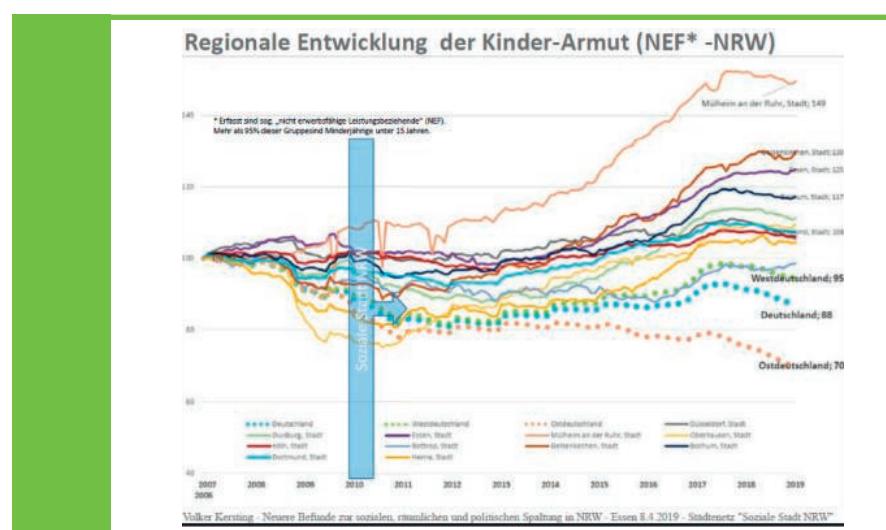
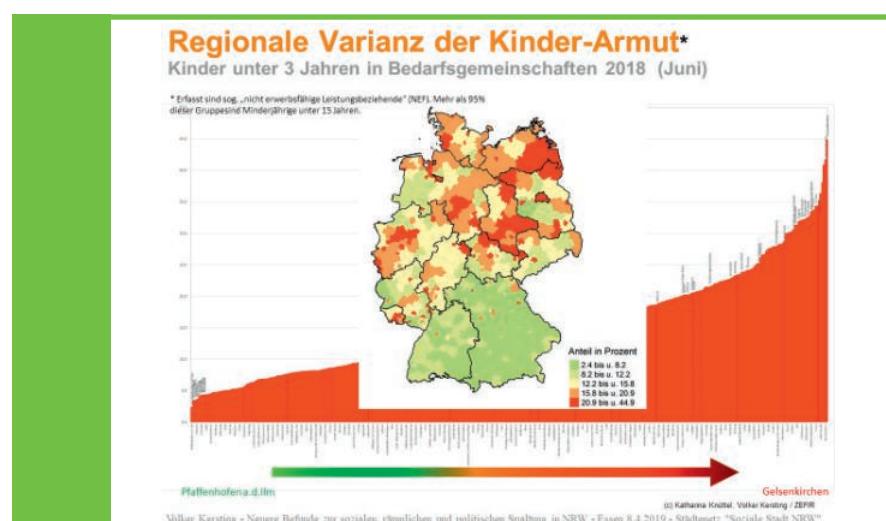
begrenztem Einfluss auf die Gesamtentwicklung der jeweiligen Stadtteile. Die Erwartung, durch solche Einzelprojekte könne Armut nachhaltig erfolgreich bekämpft werden, ist naiv und geht an der Realität vorbei. Die Fakten zeigen eine weiter wachsende Armut und damit einhergehend eine zunehmende räumliche Polarisierung. So offenbart die Karte zu den regionalen Unterschieden der Kinderarmut für die unter 3-Jährigen, dass in NRW in einer Vielzahl von Städten weiterhin ein extrem hohes Armutsniveau besteht (Anteile von 20 % bis nahezu 50 %) (s. Abbildung 6). Auch bei der Entwicklung der Kinderarmut, hier dargestellt anhand der Statistik der sog. nicht erwerbsfähigen Leistungsbeziehenden (NEF), ist für die NRW-Städte keine Verbesserung zu erkennen. Im Gegenteil, etwa ab 2012 zeigt sich ein kontinuierlicher Aufwärts-trend der Kinderarmut, wobei für einzelne Ruhrgebietsstädte (etwa Mülheim an der Ruhr, Gelsenkirchen, Essen) ein besonders starker Anstieg der Trendkurve gilt (s. Abbildung 7). Im Unterschied zum Ruhrgebiet ist für Ostdeutschland eine Verringerung der Kinderarmut festzustellen.

Exkurs „Reichtum“

Wie der Blick auf die Statistik zeigt, koexistieren in den nordrhein-westfälischen Kommunen hohe Armut und ausgeprägter Reichtum (s. Abbildung 8). Insofern ist das immer wieder angeführte Argument fehlender finanzieller Mittel wenig überzeugend. Darauf hat schon der ehemalige CDU-Generalsekretär Heiner Geißler mit drastischen Worten hingewiesen, als er gegenüber dem Handelsblatt erklärte: „Es gibt Geld wie Dreck, es haben nur die falschen Leute“. Das verweist auf erhebliche finanzielle und steuerliche Spielräume, die zur nachhaltigen Förderung sozialer Vorhaben genutzt werden könnten.⁵ Einen illustrativen Einblick in die ungleichen Verteilungsverhältnisse zeigt die Einkommenssteuerstatistik des Statistischen Landesamtes NRW. NRW-Städte haben demnach eine erhebliche, jedoch unterschiedliche Millionärsdichte. Der in den hohen Einkommen zum Ausdruck kommende private Reichtum steigt meist parallel zur Entwicklung der Armut in den Kommunen an.

Räumliche Segregation und Segregationsindex

Da es in Deutschland keine repräsentative und systematische Beobachtung der kleinräumigen Entwicklung gibt, sind



Aussagen über Strukturen und Veränderungen nur annäherungsweise möglich. Eine nützliche Grundlage dafür ist die sog. Innerstädtische Raumbeobachtung (IRB)⁶ des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR). Auf die Ergebnisse wird im Weiteren zurückgegriffen. Nach den Ergebnissen hat der größte Teil der Stadtteile in NRW im Zeitraum zwischen 2011 und 2017 einen Anstieg

Abb. 6 (Oben): Folie 13

des Vortrags

Abb. 7 (Mitte): Folie 17

des Vortrags

Abb. 8 (Unten): Folie 21

der SGB II-Quoten erfahren. Allerdings liegen nicht für alle Städte Informationen vor. Insofern umfassen die Daten nur eine Teilmenge aller Stadtteile des Landes. Die Armut konzentrierte sich im Verlauf der letzten Jahre immer stärker auf die Stadtteile mit einem ohnehin hohen Anteil armer Bevölkerung. Anhand einer Vergleichsrechnung wird das deutlich. Grundlage sind insgesamt 14 NRW-Städte mit ihren 500 Stadtteilen, für die Daten zur Verfügung stehen. Nimmt man davon die 50 Stadtteile, die im Jahr 2011 die höchsten SGB II-Quoten aufwiesen, so vereinten diese 20 Prozent der SGB II-Beziehenden dieser 14 Städte. Im Jahr 2017 waren in denselben 50 Stadtteilen bereits 21,5 Prozent aller SGB II-Beziehenden konzentriert. Es hat also eine weitere Verschiebung zulasten belasteter Stadtteile gegeben (s. Abbildung 9).

macht deutlich, dass das Programm bei weitem nicht alle Stadtteile erreicht, auf die dieses Kriterium zutrifft. 2011 erreichten von 620 beobachteten Stadtteilen 42 Stadtteile mindestens diese Quote. 2017 waren es schon 68 von 639 Stadtteilen. Eine gewaltige Steigerung. Wohlgemerkt, es handelt sich bei den IRB-Ergebnissen nur um eine Auswahl von Städten und Stadtteilen in NRW. Auch die Befunde zur Entwicklung der städtischen Räume in der jüngsten Vergangenheit stimmen nicht optimistisch. In knapp 60 % der beobachteten Stadtteile in NRW hat sich die SGB II-Quote zwischen 2016 und 2017 erhöht. Die durchschnittliche Entwicklung lag bei knapp 0,3 PP (arith. Mittel). Es fällt erneut auf, dass häufig jene Stadtteile von einer starken Entwicklung betroffen waren, die ohnehin schon hohe Ausgangswerte hatten.

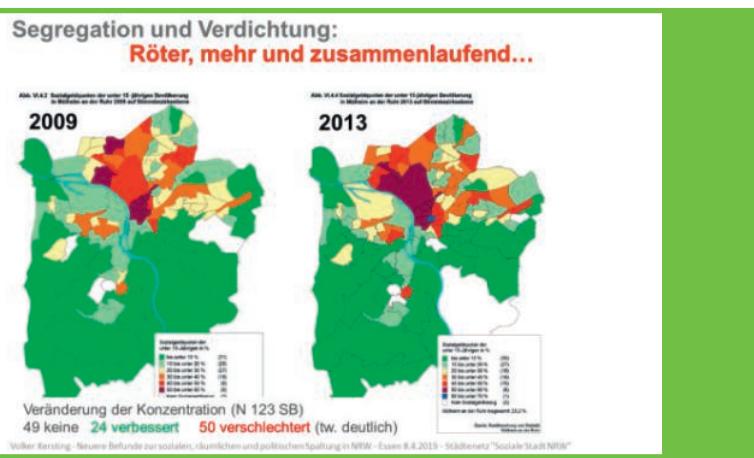
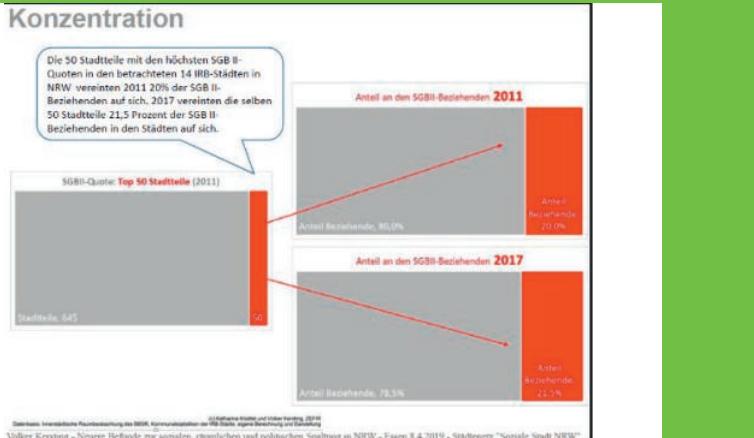


Abb. 9 (oben): Folie 34 des Vortrags

Abb. 10 (unten): Folie 38 des Vortrags

Die durchschnittliche SGB II-Dichte für die Stadtteile der Sozialen Stadt NRW lag im Jahre 2009 bei 28,2 % (neuere Ergebnisse liegen nicht vor), 22 Programm-Stadtteile überschritten diesen Wert, 15 Gebiete lagen darunter. Im gleichen Jahr überschritten allein in den 12 auswertbaren IRB-Städten mit insgesamt knapp 600 (584) Stadtteilen⁷, 45 Stadtteile die oben genannte Quote von 28,2%.⁸ Das

Verdichtung der Armutsgebiete

Im Rahmen des Landessozialberichtes 2016 wurde der Frage der Entstehung und Verfestigung räumlicher Armut von Kindern am Beispiel der Stadt Mülheim nachgegangen.⁹ Analysiert wurde die Entwicklung im Zeitverlauf zwischen 2009 und 2013, die für die Stadt Mülheim eine Veränderung von 22,6 % auf 25,2 % zeigt. Gravierend verändert hat sich der Anteil von Sozialgeld beziehenden Kindern und Jugendlichen, die in Bezirken mit extremen Sozialgeldquoten leben. Wohnten 2009 etwas mehr als ein Drittel (37,1 %) der armen Kinder in Bezirken mit Sozialgeldquoten von 40 % und mehr, waren es 2013 fast die Hälfte (48,7 %). Es findet also eine Verdichtung bei gleichzeitiger Ausweitung der Armut statt. Zu den bereits 2009 hoch konzentrierten Bezirken kommen weitere hinzu – insbesondere in den Bereichen, die bereits 2009 stark betroffen waren, in der Stadtmitte und im Norden Mülheims. In Bezirken geringeren Sozialgeldbezuges zeigt sich eine weitere Entspannung. (s. Abbildung 10)

Ursachen für diese Entwicklungen lassen sich nur über die aufwändige Analyse von Personendaten, die über mehrere Zeitpunkte als Längsschnitt erhoben werden, ermitteln. Diese Analyse ergab für Mülheim drei Ursachenbündel für die Erklärung von neu vom Sozialgeldbezug betroffenen Kindern für den Zeitraum zwischen 2009 und 2013. Den höchsten Anteil hatten Geburten von Kindern in Haushalten, die zuvor nicht von SGB II-Leistungen abhängig waren. Gefolgt von Zuzügen aus anderen Kommunen

bzw. aus dem Ausland. Die dritte Gruppe umfasste Kinder, die zuvor nicht von Transferleistungen abhängig waren. Insbesondere für Personen, die 2009 Leistungen bezogen haben und in Bezirken mit durchschnittlichen oder etwas darüber liegenden Sozialgeldquoten (30 % bis unter 40 %) lebten, haben sich die Kontextbedingungen verändert. So bewohnen z.B. 39,1 % der unter 15-Jährigen mit Sozialgeldbezug, die 2009 in Bezirken mit einem 30- bis unter 40-prozentigen Sozialgeldanteil lebten, 2013 Gebiete mit 40 bis zu 50 % Sozialgeldbezug.

Ethische Segregation

Die ethnische Segregation, gemessen über die Staatsangehörigkeit, ist gegenüber der Armutssegregation in der Tendenz abnehmend. Eine „Ausnahmesituation“ stellen dabei die Werte der Jahre 2016 und 2017 infolge der Flüchtlingszusammenzüge dar, die gesondert betrachtet werden müssen.

Bezüglich des Segregationsindexes (der die Frage zugrunde legt: „Wieviel Prozent der Bevölkerung müsste umziehen, damit überall ein ausgeglichenes Niveau besteht?“) ist momentan die Studie des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB) von Helbig/Jähnen populär.¹⁰ Auch in dieser umfangreichen Analyse fallen NRW-Städte, neben Städten aus den neuen Bundesländern durch besonders starke Anstiege der Armutssegregation auf. Die in der Untersuchung von Helbig/Jähnen verwendeten Städte-Rankings auf Basis des Segregations-Indexes sollten vermieden werden, denn die Index-Werte hängen u.a. stark von den zugrunde liegenden Gebietszuschnitten ab. So kann das Ergebnis für eine Gesamtstadt, je nach administrativen oder sozialräumlich orientierten Zuschnitten, sehr unterschiedlich ausfallen, und die jeweils gewählten Gebietsgrenzen determinieren entsprechend auch das gemessene Ausmaß von Homo- oder Heterogenität in den eingegrenzten Gebieten. Mithin erfordert die Auswahl der Gebietsgrenzen gründliche Vorüberlegungen, insbesondere, wenn die Raumeinheiten die Grundlage für räumliche Zusammenhangsanalysen darstellen sollen („modifiable areal unit problem – MAUT: Raumzuschnitte und -größen beeinflussen die Ergebnisse“). Je nach zugrunde gelegten Raumebenen ergeben sich unterschiedlich starke Korrelationen für Bundesländer, Kreise und Kommunen, und auch Zusammenhangsrichtun-

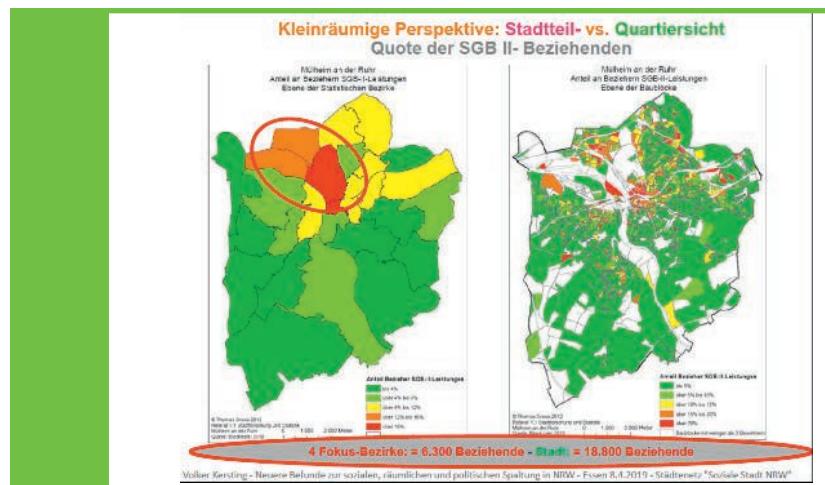


gen können sich verändern, so dass Aggregatzusammenhänge nicht auf andere Ebenen übertragbar sind und Aussagen jeweils nur für die Ebene möglich sind, die überprüft wurde. Auch muss der Segregationsindex kein Gradmesser für das Ausmaß von Armut sein (so hat beispielsweise die Stadt Gelsenkirchen, die mit die höchsten Armutssquoten aufweist, einen niedrigen Segregationsindex).

Gebietszuschnitte und Fokus-Räume

Die „Feinheit“ (Granularität) der räumlichen Auflösung des Stadtgebietes, bestimmt in entscheidendem Maße die Wahrnehmung sozialräumlicher Probleme. Die übliche städtische Gliederung in relativ große Quartiere, Stadtteile oder Bezirke (5.000 bis 30.000 oder mehr), birgt die Gefahr einer allzu groben Darstellung und Bearbeitung räumlicher Verwerfungen (s. Abbildung 11). Vermeintlich eindeutige und klare Kartenbilder lenken häufig von der realen räumlichen Verteilung sozialer Probleme ab. Der Sachver-

Abb. 11: Folie 58 des Vortrags



halt wird durch den Vergleich der beiden Karten deutlich. In der groben Gliederung der Karte links fallen vier Bezirke als besonders betroffen auf. Es ist durchaus üblich und entspricht auch der Gebietslogik der Sozialen Stadt und des Monitorings, die Aufmerksamkeit vor allem auf diese oder eines dieser Gebiete zu richten. Dafür lassen sich sicherlich eine Reihe guter Gründe geltend machen. Bedacht werden muss aber, dass der größte Teil der in einer Stadt von sozialen Problemen oder Armut betroffenen Menschen, aus dem Blick geraten kann. Im Rechenbeispiel für Mülheim sind es immerhin zwei Drittel der SGB II-Beziehenden, die nicht in den vier hervorgehobenen Bezirken wohnen. Für diese besteht aber gleichwohl die Aufgabe kommunaler Daseinsvorsorge. Ferner besteht bei der Überbetonung der räumlichen Perspektive die Gefahr einer „Territorialisierung“ sozialer Probleme, also der Verlagerung des Diskurses von der gesellschaftlichen Verursachungsebene auf die räumliche.

Abb. 12: Folie 46 des Vortrags

nordrhein-westfälischer Städte jeweils deutlich höher als die der Städte in anderen Bundesländern: Im Koordinatensystem mit den Variablen „Entwicklung des Segregationsindexes“ und „Armutsentwicklung“ befinden sich in dem rechtsoberen Quadranten mit den stärksten Zunahmen vornehmlich Kommunen aus NRW, vor allem aus dem Ruhrgebiet. Reduziert man die Ansicht auf den noch kürzeren Zeitabschnitt zwischen 2014 und 2016, stehen NRW-Städte allein im problematischsten, oberen Quadranten (s. Abbildung 12).

„Was wirkt im Raum?“

ZEFIR hat im Rahmen des Landesprogramms KeKiz „Kein Kind zurücklassen (KeKiz)“ (Nachfolgeprogramm: „Kommunale Präventionsketten“) Analysen zu den Wirkungszusammenhängen unterschiedlicher Faktoren für das gedeihliche Aufwachsen von Kindern durchgeführt. Demnach hat der Faktor „Raum“ nicht unbedingt eine vorrangige Bedeutung für die Situation der Kinder. Eigenständige Effekte waren lediglich auf der Ebene der „Nachbarschaften“ die auch „face to face-Kontakte“ ermöglichen (Bezugsgröße: Gebiete mit ca. 1.000 – 2.000 Wohneinheiten), zu erkennen. Bei größeren Raumseinheiten ist jedoch ein direkter Effekt räumlicher Einflussfaktoren auf die konkrete Lage der darin aufwachsenden Kinder nicht nachzuweisen.

Daher sollten neben der sozialräumlichen Perspektive vor allem „Settings“, also insbesondere Einrichtungen wie Kitas und Schulen, mehr Aufmerksamkeit finden. Sie sind die konkreten Orte, an denen die Kinder sozialisiert werden. Auch diesbezüglich erfolgt früh eine Trennung zwischen „arm“ und „reich“. Ein weiterer wichtiger Faktor liegt in den ungleichen Startbedingungen der Kinder durch die Sozialstrukturen im Elternhaus – hierzu bildet etwa der Indikator „Bildungsjahre der Eltern“ ab, was den Kindern aus ihren Familien zur Unterstützung und als „Bildungs- bzw. kulturelles Kapital“ mit auf den Weg gegeben werden kann und wo Defizite bestehen. So wurde für die Stadt Mülheim für benachteiligte Gebiete ein Durchschnitt von unter zwölf Bildungsjahren der dort lebenden Eltern gegenüber einem Durchschnitt von über 15 elterlichen Bildungsjahren in sog. „bürgerlichen Vierteln“ berechnet.

Die Analysen haben außerdem ergeben, dass die Kitas gemäß ihrer Indikatoren-



Abb. 13: Folie 63 des Vortrags

Armuts- und Segregationsentwicklung

Betrachtet man die Entwicklung des Segregationsindexes für SGB II-Empfänger im Zusammenhang mit den SGB II-Quoten der IRB-Städte im Zeitraum zwischen 2007 und 2015, liegen wieder die Werte für die Entwicklung der SGB II-Quoten

werte häufig nicht die Gebiete repräsentieren, in denen sie liegen. Daher ist es problematisch, Kitas durch raumbezogene Mittel zu fördern bzw. Einrichtungen außerhalb der beteiligten Gebiete Mittel weniger zu berücksichtigen; vielmehr müssen die konkreten Bedarfe abhängig von der Struktur der Einrichtungen und unabhängig von der räumlichen Umgebung ermittelt werden. Dies gilt gleichermaßen für Schulen. Der von der Landesregierung vertretene Ansatz der Aufhebung der Schuleinzugsbereiche bzw. Schulbezirke und somit der Ermöglichung der „freien Schulwahl“ durch die Eltern hat nach Ergebnissen aus Mülheim Schulsegregation entgegen des proklamierten Ziels stark befördert (s. Abbildung 14).

Politische Repräsentanz

Die räumliche Perspektive auf beteiligte Gebiete gewinnt auch Beachtung im Hinblick auf das veränderte Wahlverhalten. Hier ergibt sich eine klar erkennbare räumliche Korrelation zwischen Armut und Wählerverhalten. Anhand der Bundestagswahlen von September 2017 wird ersichtlich, dass in Gebieten mit hoher Armut teils erhebliche Wahlgewinne für die AfD auf Kosten von Stimmen für die SPD erzielt wurden (s. Abbildung 15).

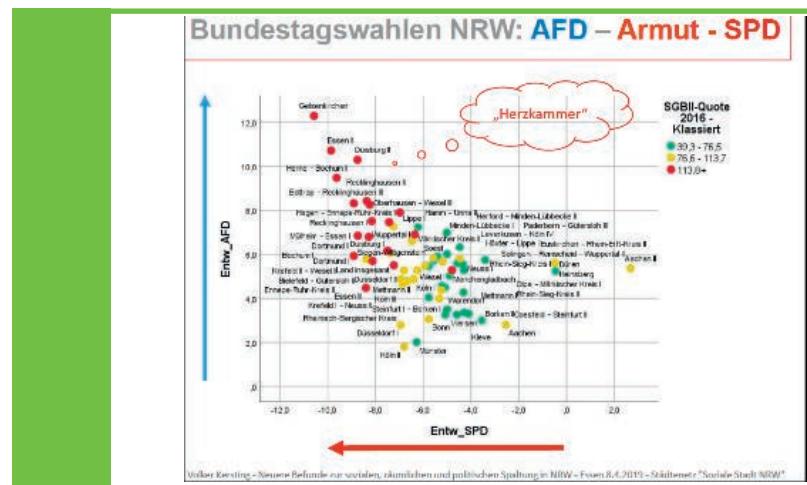
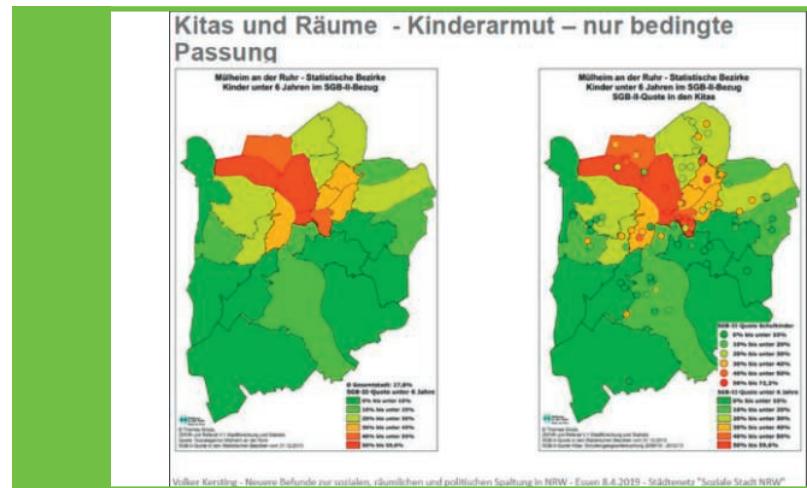


Abb. 14 (oben): Folie 68
des Vortrags

Abb. 15 (unten): Folie 83
des Vortrags



Berichte aus den Werkstattgruppen

Allgemeine Einführung

In drei parallelen Kleingruppen wurden die Diskussionen zum Thema Segregation und Stadtentwicklung fortgesetzt sowie unter spezifischen Gesichtspunkten vertieft. Unter den Leitbegriffen „Beobachten“, „Absichern“ und „Ausgleichen“ wurden Antworten auf die folgenden Fragen gesucht:

1. Worum geht es und wen betrifft es?
2. Was können wir tun? Welche Handlungserfordernisse und -möglichkeiten bestehen für die kommunale Praxis?
3. Wer macht mit und wer ist noch einzubinden?
4. Was brauchen wir noch? Wo bestehen weitere Unterstützungsbedarfe?



„Beobachten“ - Messbarkeit und Beobachtung sozialräumlicher Entwicklungen

Katharina Knüttel und Volker Kersting, Zentrum für interdisziplinäre Regionalforschung (ZEFIR)



Katharina Knüttel und Volker Kersting arbeiten im Forschungsprojekt „Kommunale Handlungsfähigkeit stärken durch Analysen und Qualitätssicherung mit kommunalen Mikrodaten“. Bestandteil dieses Projektes ist, in enger Kooperation mit kommunalen Partnern das Potential „prozessproduzierter“ Verwaltungsdaten für kleinräumige Berichterstattung und Sozialplanung auszuloten und sichtbar zu machen. Hierzu zählen beispielsweise Daten der Schuleingangsuntersuchung oder der Kitabeitragsdaten, die Aufschluss über sozialräumliche und institutionelle Ungleichheiten und Benachteiligungsstrukturen geben können.

In der Werkstattgruppe wurde das Thema der Messung und Darstellung sozialräumlicher Ungleichheiten betrachtet.

WORUM GEHT ES? WEN BETRIFFT ES?

Im Vorfeld jedes kleinräumigen Berichterstattungsprozesses muss zunächst definiert werden, was mit welchem Ziel abgebildet werden soll. Es gibt darauf jeweils

keine allgemeingültigen Antworten, sondern sie müssen im jeweiligen Prozess geklärt werden. Aspekte dieser Fragestellungen wurden im Workshop beispielhaft diskutiert.

Ziel und Gegenstand der Segregationsforschung konkretisieren sich über eine Kaskade von Fragestellungen, bei denen es zunächst darum geht, Segregation als Zustand festzustellen und daran anschließend zu untersuchen, inwiefern sich daraus Benachteiligungen für einzelne Gruppen ergeben – bei einer „Reichtumssegregation“ wird dies nicht zwingend der Fall sein. Wenn benachteiligende Effekte festgestellt werden, müssen diese konkretisiert werden: In welcher Hinsicht wird eine Benachteiligung vermutet und was kann die Benachteiligung verursachen? Erst wenn diese Faktoren bekannt sind, schließt sich die Frage an, wie man die benachteiligenden Effekte abmildern kann und ob man an den Entstehungsursachen – zum Beispiel den benachteiligten Räumen – etwas ändern kann, sofern dies das eingangs definierte Untersuchungsziel war.

Man muss sich bewusst machen, dass die Erhebung von Daten einem strategischen Interesse folgt. Daten werden zielgerichtet und damit selektiv erhoben. Es handelt sich in der Regel hier nicht um Grundlagenforschung, die objektive Auswertungen vornimmt.

Entscheidend ist auch die jeweilige räumliche Ebene, die in den Blick genommen wird, um zu einer zuverlässigen Aussage zu Segregation zu kommen: Betrachtet man ein Quartier oder eine ganze Stadt? Geht es um eine Erfassung von Räumen oder um die Menschen? Die Entscheidung ist abhängig vom Zweck der Untersuchung. Auch der Zuschnitt des betrachteten Raumes sollte zum Untersuchungsgegenstand passen und entsprechend begründet sein. Kleinräumige Analysen unterstützen eine konkrete

Strategiebildung. Sie zeigen, welche Kita / welche Schule die größten Probleme hat, wo die wenigsten Kinder an Sportangeboten teilnehmen und wo daher öffentliche Gelder gezielt eingesetzt werden müssen. Und auch die Politik lässt sich leichter überzeugen, wenn eine konkrete Bedarfssituation aufgezeigt wird. Ggf. können allgemeine Erkenntnisse aus thematisch relevanten Studien unterstützend hinzugezogen werden. Zum Beispiel kann die gesundheitliche Situation in einem Stadtteil durch Aussagen zur Frühverrentung, zu stark befahrenen Straßen oder einer erhöhten Mortalitätsrate mit illustriert werden. Sie sollten jedoch nicht das alleinige Mittel sein.

Die Beobachtung und Beschreibung von sozialräumlicher Segregation ist mehr und mehr ein Thema in den unterschiedlichen Berichterstattungen, wie dem Bildungsbericht oder dem Armutsbericht. Dem im späteren Verlauf erläuterten Lebenslagenansatz folgend, wäre eine integrierte Berichterstattung – wie sie auf Quartierebene bereits für die integrierten Handlungskonzepte der Stadtteilentwicklung stattfindet – sinnvoll, um der Komplexität des Entstehens und des Wirkens von sozialräumlicher Segregation gerecht zu werden.

Nicht die Räume haben Probleme, sondern die Menschen

Der Blick auf Räume und auf Segregation verstellt die Sicht darauf, dass nicht „der Raum“ das Problem hat, sondern die dort wohnenden Menschen. Wenn alle armen oder kranken Menschen gleich verteilt in der Stadt leben, sind sie immer noch arm oder krank – es lässt sich nur kein „benachteiligter Raum“ mehr identifizieren. Für Sozialplanung ist es wichtig zu wissen, wo welche Menschen leben und wo deswegen welche Maßnahmen erforderlich sind. Nichtsdestotrotz benötigt man auch außerhalb von Räumen ein Verständnis sozialer Ungleichheitsstrukturen – soziale Problemlagen bestehen auch unabhängig von ihrer „Territorialisierung“. Wenn man die obenstehende These ernst nimmt, dann folgt daraus, dass sich Daten und Indikatoren nicht in erster Linie auf einen Raum, sondern auf Lebenslagen beziehen sollten; es müssen die Indikatoren ausgewertet werden, die für eine bestimmte Lebenslage und / oder eine bestimmte Gruppe relevant sind. Hier spielen verschiedene Faktoren zusammen, die nicht isoliert voneinander betrachtet werden können.

Dies wird am Beispiel einer Untersuchung von Herrn Groos und Herrn Kersting in Mülheim an der Ruhr deutlich, in der es darum ging, welche Faktoren die Entwicklung von Kindern beeinflussen: Was macht ein Kind stark oder schwach? Man weiß, dass das Haushaltseinkommen bzw. Armut einen extrem starken Effekt haben. Aber hinzu kommen Faktoren wie der Bildungshintergrund der Eltern, die Dauer des Kitabesuchs oder die Teilnahme an sportlichen Aktivitäten, so die Erkenntnisse aus dem Forschungsprojekt. Man hat also die verschiedenen Lebensbereiche der Kinder betrachtet (wie Elternhaus, Kita / Schule, Freizeit) und zu einem mehrdimensionalen Ansatz verknüpft, um dann die fördernden und hemmenden Faktoren und damit die möglichen Stellschrauben zu definieren. Auf diese Weise gelingt eine Datenanalyse, die als Basis für kommunale Handlungsstrategien herangezogen werden kann.



Zusammenhängende Indikatoren / aussagefähige Daten finden

Kommunen haben sehr unterschiedliche Voraussetzungen für die Darstellung kleinräumiger Entwicklungen und die Verknüpfung von Daten. Dabei wurde die Hoffnung geäußert, dass die Unterschiede zwischen den Ruhrgebietskommunen nicht so groß seien, sodass allgemeines Wissen ausreichen könnte, um kommunale Strategien gegen sozialräumliche Ungleichverteilung zu entwickeln. Untersuchungen in Mülheim an der Ruhr und Hamm zeigen, dass die auf soziale Segregation wirkenden Zusammenhänge eine große Übereinstimmung zeigen. Dennoch sei diese Strategie nicht ausreichend, da Politik ihr Handeln nicht an

allgemeinen Ergebnissen orientiert, sondern immer den lokalen Bezug benötigt. Soziale Segregation lässt sich mithilfe verschiedener Indikatoren aussagekräftig darstellen. Die SGB II-Quote (als Armutssindikator) und Zahlen zum Migrationshintergrund sind dabei „Klassiker“, die eine Situation recht zuverlässig abbilden können. Auch Daten zur gesundheitlichen Lage können herangezogen werden. Dabei gibt es verschiedene Quellen, die entsprechende Daten vorhalten (s. Kasten).

Das Problem der Fluktuation für die Quartiersarbeit

Ein Problem bei quartiersbezogenen Ansätzen ist die hohe Fluktuation, gerade in benachteiligten Quartieren. In solchen

„Funktionsquartieren“, in denen sich die Bevölkerung regelmäßig austauscht, ist stabilisierende Arbeit über quartiersbezogene Projekte nur bedingt möglich, weil die Bevölkerung ggf. schon nicht mehr da ist, bis die Maßnahmen greifen. Kommunen müssen sich daher auch die Frage stellen, für welche Quartiere sie Politik machen wollen und welche Ziele sie für die jeweiligen Räume verfolgen. Räume können dabei auch benachteiligende Wirkung entfalten – sowohl auf die raumbezogenen Nutzungen als auch auf die dort lebenden Menschen.

Im Sinne des zuvor genannten Paradigmas, dass nicht die Räume, sondern die Menschen Probleme haben, ist hier auch eine dynamische Betrachtung von Interesse: Wenn zum Beispiel die Personen, bei denen sich die Lage bessert, aus dem Quartier wegziehen und man sich in der Analyse nur auf die SGB-II-Quote im Quartier bezieht, wirkt es so, als würde keine Verbesserung eintreten. Dabei hat sich ggf. die Armut in der Stadt verringert – nur im Quartier muss sich das nicht unbedingt positiv bemerkbar machen. Die Berücksichtigung von Mobilitätsprozessen ist daher grundsätzlich wünschenswert, wenn auch anspruchsvoll umzusetzen.

WAS KÖNNEN WIR TUN? WELCHE HANDLUNGSFORDERNISSE UND – MÖGLICHKEITEN BESTEHEN FÜR DIE KOMMUNALE PRAXIS?

Vorhandene Daten müssen besser genutzt werden

Es liegen weit mehr Daten in unterschiedlichen Quellen vor, als man gemeinhin denkt. Diesen „Schatz“ gilt es zu heben. Beispielsweise gibt es umfangreiche Daten aus allen Großstädten aus Nordrhein-Westfalen über die innerstädtische Raumbeobachtung des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR). Die vorliegenden Zeitreihen über zum Teil 20 Jahre würden es ermöglichen die Stadtteile, die man betrachten möchte, in ihrer Dynamik zu verorten. Interessierte Städte könnten sich im Rahmen eines Kooperationsprojektes zusammenschließen.

Wie bereits oben beschrieben, liegt in den Gesundheitsdaten der Schuleingangsuntersuchung, der Krankenkassen und auch der Kassenärztlichen Vereinigung ein großes Potenzial. Der Kontakt erfolgt über die Gesundheitsämter der

Welche Quellen gibt es für gesundheitsbezogene Daten?

Die **Schuleingangsuntersuchungen** sind ein Instrument, das viele Aussagen zulässt. Einzeldaten dürfen selbstverständlich nicht verwendet werden, aber Anteile, z. B. von Kindern mit Adipositas in einem Stadtteil, können – auch unter dem Gesichtspunkt des Datenschutzes – immer herausgegeben werden. Probleme mit der Verfügbarkeit können eventuell durch fehlende personelle Ressourcen entstehen. Die Daten der Schuleingangsuntersuchung liegen beim Landeszentrum Gesundheit Nordrhein-Westfalen (LZG.NRW) für die kreisfreien Städte oder auf Kreisebene vor. In der Regel bekommen die Kommunen die Daten in einem Tool bereitgestellt, mit dem sie mit wenigen Klicks Auswertungen erstellen können.

Auch die **Krankenkassen** können (von den Gesundheitsämtern) als Quelle herangezogen werden. Diesen liegen nicht nur Daten zu den jeweiligen Erkrankungen vor, sondern auch Informationen über Einkommen oder familiäre Situation. Wünschenswert wäre ein Projekt des Gesundheitsministeriums, das einmal exemplarisch erschließt, welche Möglichkeiten die Auswertung dieser Daten beinhaltet.

Das Landeszentrum Gesundheit NRW ist im Gespräch mit den **Kassenärztlichen Vereinigungen**. Diesen liegen die Daten zu allen ambulanten Fällen der gesetzlich Versicherten in NRW vor. Diskutiert wird derzeit die Frage, für welche Erkrankungen es für Kommunen hilfreich wäre, Daten der Kassenärztlichen Vereinigung zu erhalten. Für sieben Erkrankungen, die „Public Health-intensiv“ sind, wurde ein Antrag auf Datenherausgabe gestellt. Dazu gehören Diabetes, Depression, Chronische obstruktive Lungenerkrankung (COPD), Rückenschmerzen und Demenz. Die Daten würden dann auf Städte- und Gemeindeebene vorliegen. Wenn dies gelingt, dann ist das eine wichtige Ergänzung der bisherigen Datenlage zur Gesundheit, weil man hier auch etwas über die Lage der Erwachsenen erfährt. Wichtig ist, dass die Daten sorgfältig interpretiert werden. Sie sollen zukünftig von den kommunalen Gesundheitsberichterstattern beim Landeszentrum Gesundheit NRW angefragt werden können. Städte haben darüber hinaus immer die Möglichkeit, kleinräumige Daten bei der Kassenärztlichen Vereinigung zu kaufen und auswerten zu lassen, wie es zum Beispiel die Stadt Düsseldorf für ihre Sozialräume gemacht hat.

Kreise und Kommunen. Bei aggregierten Daten und der Darstellung von prozentualen Anteilen besteht kein Hindernis im Datenschutz. Je nach Fähigkeit der kommunalen Statistik können mit diesen Daten kleinräumige Entwicklungen und Situationen abgebildet werden. Das LZG.NRW kann zudem Auswertungen auf Kreisebene erstellen.

Darüber hinaus wäre es wünschenswert, wenn systematisch Regressionsanalysen erstellt würden (wie bereits für Mülheim an der Ruhr und Hamm erfolgt), um Zusammenhänge zum Beispiel zwischen Gesundheit und Bildung deutlich zu machen. In einem Forschungsvorhaben zum Zusammenhang zwischen sozialer Lage und Schule wurde versucht, eine Prognose zu den zu erwartenden Übergangsempfehlungen auf Basis der Daten der Schuleingangsuntersuchung zu erstellen. Das Ergebnis war eindeutig: „So wie du in eine Schule hineinkommst, so gehst du wieder hinaus.“

Partizipative Methoden können ergänzende Informationen über Quartiere liefern

In Schottland wurde mit dem „Place Standard Tool“ (bereits adaptiert in den Niederlanden unter dem Namen „Leefplekmetri“) ein Instrument entwickelt, mit dem die Qualitäten eines Ortes durch die Bevölkerung bewertet werden. So können bei einem Stadtteilspaziergang Fragen zum Thema „Gesunder Stadtteil“ in einem Fragebogen beantwortet werden. Die Ergebnisse helfen dabei, Prioritäten bei der Entwicklung von Maßnahmen zur Aufwertung des Gebietes zu setzen. Das Tool ermöglicht über die enge Führung durch Fragen einen strukturierten Dialog (**weitere Informationen unter <https://www.placestandard.scot>.**)

Mit der Methode des „Neighbourhood Branding“, die aus den Niederlanden stammt, lassen sich Werte identifizieren. Dies ist unter anderem dann interessant, wenn man herausfinden möchte, welche soziale Kohäsion ein Quartier hat. Wie stark ist die Übereinstimmung von Werten bei Angehörigen verschiedener Gruppen zu bestimmten Themen – wo liegen Extreme? Bei der quartiersbezogenen Arbeit lässt sich dann zutreffender entscheiden, welche Maßnahmen zu den Werten passen.

In Remscheid wurde in vier festgelegten Quartieren untersucht, wie das Zusam-

menleben dort funktioniert. Dazu wurden Interviews mit Bewohnerinnen und Bewohnern sowie mit Akteuren geführt. Ziel war es, übertragbare Strategien zu entwickeln. Die Bewohnerinnen und Bewohner wurden über Multiplikatoren ausgewählt und kontaktiert, um sicherzustellen, dass man die „schwer erreichbaren“ Menschen erreicht. Zudem wurde mit Stadtteilakteuren und Akteure aus dem gesamtstädtischen Kontext gesprochen. Die qualitativen Beobachtungen wurden mit quantitativen Daten verknüpft, sodass sich ein fundiertes Bild ergab. (**Projekt „Lebenschancen im Quartier“, weitere Informationen unter <http://quartiersforschung-remscheid.de/projekt-lebenschancen-im-quartier-stellt-projektergebnisse-vor/>**)



Beim Einsatz partizipativer Methoden sind zwei Aspekte zu berücksichtigen: Sie sind sehr aufwändig und man erhält dabei nur einen Ausschnitt eines Bildes, das zumeist durch artikulationsstarke Gruppen dominiert wird. Gerade die Menschen, über die man etwas erfahren möchte, erreicht man meist nicht. Daher sollte die Basis einer sozialräumlichen Analyse die quantitative Datenauswertung sein, die auf pragmatischem Wege die bereits vorhandenen Daten nutzt.

Es braucht mehr Zusammenarbeit

Unterschiedliche Stellen haben Zugang zu unterschiedlichen Daten und Wissen über unterschiedliche Zusammenhänge. Wenn diese Stellen zusammenarbeiten würden, ließe sich ein deutlicher Informationsgewinn erzielen.

Zunächst geht es um Wissenstransfer – die Kommunen liefern Daten, zum Beispiel

im Rahmen von Forschungsprojekten oder der Schuleingangsuntersuchungen an übergeordnete Stellen (Kreise, Krankenkassen, Forschungsprojekte, ...). Diese müssen an Kommunen zurückgespielt werden bzw. von dort angefordert und zusammenführend ausgewertet werden. Das passiert zum einen zu wenig, zum anderen muss dafür die Dateninfrastruktur insgesamt besser ausgebaut werden.

Eine gemeinsame Interpretation von Daten durch verschiedene städtische Ämter wie sie aktuell bei der Stadt Dortmund erfolgt (s. folgende Seite) und im nächsten Schritt die Schaffung einer gemeinsamen Datengrundlage für die ressortübergreifende kommunale Arbeit in einer Stadt kann eine größere Wissensbasis für Strategien zur Stadtentwicklung sein, als das bei rein sektoralen Betrachtungen der Fall ist.



Für manche Bereiche bieten sich interkommunale Analysen an, es muss nicht jede Kommune alleine agieren. So liegen zum Beispiel die Monitoring-Daten aus den Gebieten der Sozialen Stadt in NRW vor. Hier ist eine übergreifende Auswertung möglich bzw. auch eine gemeinsame Meinungsbildung: Welche Daten brauchen wir? Zu welchem Sachverhalt? Was wollen wir in unseren Gebieten darstellen? Im Rahmen eines interregionalen Forschungsprojektes wurden Gesundheitsdaten für mehrere große Ruhrgebietsstädte über einen bestimmten Zeitraum gepoolt und in einem Arbeitskreis mit den jeweiligen Gesundheitsberichterstattern ausgewertet.

WER MACHT MIT / WER IST UNTERSTÜTZER?

Die Stadtspitze informieren – Politik und Verwaltungsvorstand durch Daten überzeugen

Ein wichtiger Akteur für das Beobachten und Interpretieren von sozialen und räumlichen Strukturen ist die Politik. Durch die Zielsetzung und Verteilung des Haushalts nimmt sie Einfluss auf die Möglichkeiten bei Umfang und Qualität der Datenverarbeitung. Die Verbreitung von datenbasierten Berichten, sowohl innerhalb der Stadtverwaltung als auch in der Öffentlichkeit, kann Handlungsdruck auf die Politik ausüben. Gleichzeitig liefern diese aber auch Informationen, mit denen politische Akteure ihre Argumentation stützen können. Somit ist die Datenverarbeitung auch in ihren Augen wertvoll.

Dabei hilft es wenig, auf Entwicklungen in vergleichbaren Städten hinzuweisen und analoge Schlussfolgerungen zu ziehen; die Probleme müssen jeweils konkret lokalisiert werden, weil auch für die konkrete Situation vor Ort geplant werden muss. Man braucht daher immer eine eigene Empirie. Auch die Stadtgesellschaft muss Veränderungen mittragen. Daten dienen der Transparenz und damit auch der Legitimation von Maßnahmen und Fördermitteleinsatz. Daher ist Öffentlichkeitsarbeit sehr wichtig.

Eine Hürde kann auch der Verwaltungsvorstand sein, der die Relevanz der Analyse statistischer Daten teilweise noch nicht erkannt hat. Damit fehlt auch die Bereitschaft, Geld oder Personalressourcen für Analysen bereitzustellen. Um die Kämmerei bzw. den Bürgermeister / die Bürgermeisterin zu überzeugen, sollte man das Anliegen kontinuierlich ansprechen und die Relevanz auch durch aktuell populäre Themen (z. B. Wohnen) klarstellen. Eine gute Vernetzung, z. B. der Statistiker in die verschiedenen Fachbereiche hinein kann hilfreich sein.

Kommunen (Fachbereiche / Ämter / Statistikstellen) in die Datenzusammenstellung und -interpretation einbinden

Neben Politik und Verwaltungsvorstand haben auch die Mitarbeitenden der Kommune Einfluss auf die Intensität und Ausprägung der Datenverarbeitung. Es ist stark abhängig von den Personen in den Statistikstellen sowie auch in anderen Fachbereichen und Ämtern, wie der

Umgang mit Strukturdaten gepflegt und geschätzt wird.

Besonders in der Sozialplanung, für die Sozialberichte erstellt werden, ist eine gute Datenverarbeitung von Bedeutung. Momentan haben nur rund 80 von 396 Kommunen in Nordrhein-Westfalen eine strategische Sozialplanung; hierunter gibt es eine heterogene Mischung zwischen kreisfreien und kreisangehörigen Kommunen. Diese sind also besonders aktiv bei der Akquisition und Interpretation von Daten über soziale und räumliche Strukturen.

Auch Akteure der Stadtentwicklung spielen eine wichtige Rolle; sowohl das städtische Amt für Stadtentwicklung als auch private Planungsbüros / Externe. Bei der Aufstellung von integrierten Handlungskonzepten und anderen Stadtentwicklungsstrategien werden von ihnen nicht nur Daten ausgewertet; durch ihre Arbeit formulieren sich auch Datenbedürfnisse. Somit werden Datensammlung, Nacharbeitung und Interpretation angetrieben.

Best practice Beispiel: Stadt Oberhausen

Der Sozialstrukturatlas der Stadt Oberhausen ist seit etwa einem Jahr auch online abrufbar. Neben den vorhandenen Sozial- und Bevölkerungsstatistiken soll er auch auf Gesundheits- und Umweltdaten ausgeweitet werden. In diesem Prozess können auch andere verfügbare Daten aufgedeckt werden.

Sozialstrukturatlas Oberhausen:
<https://www.oberhausen.de/atlas/>
Sozialstrukturatlas/

Besonders gut funktioniert die Datenauswertung, wenn eine fachbereichsübergreifende Vernetzung und Zusammenarbeit vorliegen. Besteht eine solche Zusammenarbeit nicht, sollten die einzelnen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter permanent über die Interessen und Bedarfe des eigenen Fachbereichs informieren. Dadurch entstehen eine gewisse Präsenz und ein Bewusstsein in den anderen Fachbereichen und dem Verwaltungsvorstand. Eine Hürde besteht allerdings oft darin, dass der Wunsch nach interdisziplinärer Zusammenarbeit und einem möglichst informativen Instrument vorhanden ist, die eigenen Daten aber oft nur zögerlich frei gegeben werden, unter anderem, weil dadurch die Interpretation der Daten nicht mehr kontrollierbar ist. Außerdem sollte sichergestellt werden, dass die Statistikabteilung nicht allein für Datenaufbereitung und -aktualisierung zuständig ist, sondern dass eine Arbeitsaufteilung herrscht.

Bund / Land / EU – Förderung und Forschung geben Impulse

Eine weitere Rolle spielen die Akteure über der kommunalen Ebene, also Land, Bund sowie auch EU. Deren Rolle als Fördergeber unterstützt die Datenverarbeitung in zwei Aspekten: Zum einen stellt die Förderung größere Ressourcen zur Verfügung, zum anderen ist eine Sammlung und Interpretation von Daten oft Voraussetzung für den Zuspruch einer Förderung / den Zugang zu einem Programm sowie die Überprüfung der Zielerreichung. Letztere wird auch für die Planung neuer Mittel und Programme herangezogen. Wenn das Land die soziale und räumliche Struktur ausreichend darstellen, also auf informative Daten zurückgreifen kann, können Bedarfe bes-

Best practice Beispiel: Stadt Dortmund

Die Stadt Dortmund erarbeitet momentan mit dem Büro Quaestio – Forschung & Beratung GmbH ein fachbereichsübergreifendes Monitoring. Bei der prozessbegleitenden Langfrist-Evaluation sozialer Stadtteilentwicklung zeigt sich das Interesse an den Daten der jeweils anderen Fachbereiche und die Bedeutung der gemeinsamen Interpretation, um Zusammenhänge festzustellen. Der Prozess stößt auf größere Akzeptanz als erwartet, und die Fachbereiche zeigen eine hohe Bereitschaft, mitzuarbeiten. Momentan wird in thematischen Workshops geklärt, welche Daten vorhanden sind, regelmäßig fortgeschrieben und verlässlich interpretiert werden können. Daraus werden Kernindikatoren sowie fachspezifische, zusätzliche Elemente abgeleitet, die ein Datenset bilden, das die Lebenslagen der Dortmunder Bevölkerung abbildet. Auch das Zusammenbringen der Daten und die Kooperation bei der Datenauswertung werden momentan organisiert.

ser behandelt werden. Kann zum Beispiel eine Problemlage des Ruhrgebiets im Vergleich auf Landes- oder Bundesebene dargestellt werden, könnte die Fördermittelbereitstellung für das Ruhrgebiet steigen.

Reine Forschungsprojekte vom Bund und von den Ländern werden als weniger relevant für die Arbeit der Kommunen bewertet, da deren Ergebnisse oft zu abstrakt und damit nur begrenzt handlungsleitend sind. Projekte wie der Armuts- und Reichtumsbericht der Landesregierung halten das Thema der kleinräumigen Entwicklung jedoch weiterhin präsent.

Weitere Akteure auf Landesebene sind die Landesgesellschaften, wie zum Beispiel das LZG.NRW oder die G.I.B. – Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung mbH. So werden die Daten der Schuleingangsuntersuchung durch das LZG.NRW zusammengetragen und auswertbar gemacht. Wie die Daten für die Kommunen ausgewertet werden, ist dann Sache der jeweiligen Kommune. Ca. 60 % der Gemeinden in NRW erstellen Berichte im Rahmen der Kommunalen Gesundheitsberichterstattung, die – sofern zur Verfügung gestellt – vom LZG.NRW in einer Datenbank veröffentlicht werden. Die G.I.B. berät im Themenfeld „Armutsbekämpfung und Sozialplanung“ Kommunen zu Sozialberichterstattung und Strukturen für eine erfolgreiche Sozialraumarbeit.

WAS BRAUCHEN WIR NOCH?

Verknüpfung sozialer und räumlicher Daten

Um Daten weitergehend interpretieren zu können, wären Informationen zum Lebenskontext und -umfeld der Menschen wichtig: Woher erhält man Aussagen, ob es Investitionen in Bolzplätze, Grünflächen, in Gesundheitsinfrastruktur oder ähnliches gibt? In Gelsenkirchen gibt es z. B. eine Untersuchung zu Personen, die von Hitzeinseln oder von Lärmbelästigung betroffen sind, das ist in dieser Form aber eher einmalig. Ansonsten gibt es die Infrastrukturtkataster, die jedoch zu überprüfende Aussagen enthalten. Eine hier aufgelistete Grünfläche kann unterschiedliche Qualitäten haben, kann zugänglich oder abgesperrt sein. Die Anzahl der Mitgliedschaften in Sportvereinen

lässt nicht den Schluss zu, wie viele Menschen sportlich aktiv sind, da auch Mitgliedschaften bei Bundesligavereinen wie Borussia Dortmund und Schalke 04 dazu gezählt werden. Beim Regionalverband Ruhr RVR werden Kataster entwickelt. Erforderlich ist das Zusammenbringen von GIS-Daten und sozialen Daten.

Weitere und komplexere Daten erheben

Weitere Analysen sind insbesondere im Bereich der Schülerdaten notwendig, gerade weil dies eine Gruppe ist, bei der sich noch viele Weichen stellen lassen. Nach der Grundschule „verschwinden“ die Kinder aus der Statistik. Für weitere Erhebungen müssten jedoch erst die Voraussetzungen auf Landesebene geschaffen werden.

Studien weisen darauf hin, dass es einen Zusammenhang zwischen Ernährung und der Entwicklung von Intelligenz gibt, was sich im weiteren Verlauf auch auf die Verdienstchancen auswirkt¹¹. Der Zusammenhang zwischen Ernährung und Gesundheit ist bereits präsenter. In beiden Fällen spielt Bildung und damit das Bewusstsein über die eigene Ernährung eine große Rolle, was dieses Thema ebenfalls in den Kontext der sozialräumlichen Differenzierung rückt.

Ressourcen zur Datenauswertung

Die Projektbeispiele aus in Mülheim an der Ruhr zeigen, was möglich ist, wenn man die vorhandenen Daten optimal nutzt. Notwendig ist eine gut aufgestellte Statistik und Stadtforschung; die Statistikstellen betrachten das aber oft nicht mehr als ihre Aufgabe, oder werden dafür zu wenig eingesetzt. Diese Stellen können aber mehr, als nur Statistische Jahrbücher zu erstellen. Daher sollten die Mitarbeitenden in den Kommunen mehr Druck machen und die Daten einfordern.

Eventuell benötigt man auch mehr oder andere personelle Ressourcen in den Kommunen – unter anderem auch mit geografischen Kenntnissen, um über die rein deskriptive Analyse von Daten hinaus gehen zu können – sowie eine Wertschätzung der Statistik- und Datenarbeit. Es muss sich die Erkenntnis weiter durchsetzen, dass eine kontinuierliche Datenanalyse, ein fortlaufendes Monitoring und die entsprechende Berichterstattung notwendig sind.

Anmerkungen und Verweise

1. Nachzulesen u. a. unter <https://de.in-mind.org/article/die-kontakthypothese-wie-kontakt-vorurteile-reduzieren-und-die-integration-gefuechteter>
2. https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Raumbeobachtung/UeberRaumbeobachtung/Komponenten/WohnungsImmobilienmarktbeobachtung/wohnungsimmobiliensmarktbeobachtung_node.html
3. Umfangreiche Literatur zu den Ausführungen siehe unter: <http://www.zefir.ruhr-uni-bochum.de/vkersting.html>
4. Kersting, Volker; Strohmeier, Klaus-Peter; Teicke, Michael (2013): Soziale Kontextbedingungen der Stadtteilentwicklung 2006 – 2009. Indikatoren gestütztes Monitoring im Rahmen der Evaluation des integrierten Handlungsprogramms „Soziale Stadt“ in Nordrhein-Westfalen. Hg. v. Stadt Essen / Städtenetz Soziale Stadt NRW. Essen. Online verfügbar unter https://www.soziale-stadt-nrw.de/das-staedtenetz/bericht_soziale-kontextbedingungen-2006_2009_ausgabe-2013.pdf
5. Walter-Borjans, Norbert (2018): Steuern - der große Bluff. Der frühere NRW-Finanzminister berichtet von seinem Kampf gegen Steuerhinterziehung und widerlegt die Mythen, die über unser Steuersystem verbreitet werden. 1. Auflage. Köln: Kiepenheuer & Witsch.
6. Weitere Informationen zur innerstädtischen Raumbeobachtung des BBSR: <https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Stadtentwicklung/StadtentwicklungDeutschland/innerstaedtische-entwicklung/innerstaedtische-entwicklung-node.html>
7. Allerdings sind in der IRB auch „Stadtteile“ mit geringen Einwohnerzahlen unter 100 aufgeführt. Die Mindestgröße der Stadtteile der „Sozialen Stadt NRW“ lag 2009 bei 1937 (Deinighausen). Zugunsten der Vergleichbarkeit wurden sehr kleine Stadtteile bei der Analyse ausgeschlossen. Der kleinste in der Vergleichsauswertung noch berücksichtigte Stadtteil umfasste 2009 1.454 Einwohner.
8. Berücksichtigt werden muss, dass die Städte Gelsenkirchen und Solingen 2009 noch keine Daten für die IRB vorlegen konnten. Lägen die Gelsenkirchener Daten für 2009 vor, kämen noch eine einige Stadtteile hinzu.
9. Kersting, Volker; Kurosch, Ingo (2016): Sozialbericht NRW 2016 - Armuts- und Reichtumsbericht - Kommunaler Beitrag der Stadt Mülheim an der Ruhr - Die Dynamik des Sozialgeldbezuges zwischen 2009 und 2013. Hg. v. Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales Landes Nordrhein-Westfalen (MAIS). Düsseldorf. Online verfügbar unter http://www.sozialberichte.nrw.de/sozialberichterstattung_nrw/aktuelle_berichte/SB2016.pdf; Kersting, Volker (2017): Soziale Stadt: Über Armut und die begrenzte Reichweite von Quartierspolitik. In: UrbanLabMAGAZIN - FACHZEIT SCHRIFT FÜR STADT- & REGIONALPLANUNG (2), S. 44–47, <http://www.hs-owl.de/fb1/de/forschung/urbanlab/magazin.html>, zuletzt geprüft am 22.08.2017.
10. Weitere Informationen und Download der Studie „Wie brüchig ist die Architektur unserer Städte? – Trends und Analysen der Segregation in 74 deutschen Städten“: <https://www.wzb.eu/de/pressemitteilung/arm-und-reich-jung-und-alt-immer-seltener-tuer-an-tuer>
11. Bericht in der ZEIT, März 2019, <https://www.zeit.de/2019/14/intelligenzquotient-hirnforschung-messwerte-bildung-gene-konzentration>, Zugriff zuletzt am 26.07.2019
12. Siehe beispielsweise: Volkmann, Anne (2012): Quartiereffekte in der Stadtforschung und in der sozialen Stadtpolitik – Die Rolle des Raumes bei der Reproduktion sozialer Ungleichheit. Berlin: Universitätsverlag der Technischen Universität Berlin.

